

CDU in Niedersachsen – Hindenburgstraße 30 – 30175 Hannover

Herrn Landesvorsitzenden  
Dietmar Schilff  
Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen  
Berckhusenstr. 133 a  
30625 Hannover  
Email: [GdP-Niedersachsen@GdP-online.de](mailto:GdP-Niedersachsen@GdP-online.de)

**Ulf Thiele MdL**  
Generalsekretär

076. November 20122  
UT-m

Sehr geehrter Herr Schilff,

herzlichen Dank für Ihre Antwort auf unser Anschreiben zum Regierungsprogramm-entwurf 2013-2018 sowie die Übersendung der Wahlprüfsteine der Gewerkschaft der Polizei. Ihre kritisch-konstruktive Stellungnahme habe ich mit großem Interesse gelesen. Mit Bedauern nehme ich zur Kenntnis, dass die von Ihnen mehrfach an uns herangetragenen Dissonanzen zwischen der Gewerkschaft und der CDU in Niedersachsen weiterhin bestehen. Dies entspricht nicht der Wahrnehmung der CDU. Wir werden uns daher bemühen, durch einen intensiven Dialog mit der Polizei und ihren Verbänden verlorengegangenes Vertrauen schnellstmöglich zurückzugewinnen und die zielführende Zusammenarbeit zur Gewährleistung von innerer Sicherheit und öffentlicher Ordnung auf den bewährt konstruktiven Ideenaustausch zurückzuführen.

Die hervorragenden Zahlen für Niedersachsen sind – da stimme ich mit Ihnen überein – nur dank der ausgezeichneten inhaltlichen Zusammenarbeit der Sozialpartner zu erreichen. Wichtige Weichenstellungen wie die Polizeireform 2004, die Schaffung der Polizeiakademie in Nienburg oder die strukturellen Anpassungen zur besseren Bewältigung des demografischen Wandels konnten nur deshalb so erfolgreich umgesetzt werden, weil alle Akteure gemeinschaftlich an einem Strang zogen.

Erlauben Sie mir daher, Bezug nehmend auf das Regierungsprogramm 2013-2018, beraten und beschlossen vom Landesparteitag der CDU in Niedersachsen am 12./13. Oktober 2012, Ihre Fragen im Einzelnen zu beantworten.

*Hauptforderung 1: Einstellung von jährlich 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf und Verbesserung entsprechender Lehrmöglichkeiten*

Niedersachsen ist gegenwärtig eines der sichersten deutschen Bundesländer. Diese Entwicklung ist vor allem der Verdienst unserer engagierten Polizisten, die sich täglich für die Sicherheit der Menschen in unserem Land einsetzen. Die CDU in Niedersachsen steht bei dieser wichtigen Aufgabe an der Seite unserer Polizei. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit hat für uns höchste Priorität. Wir stehen für einen starken Staat, der frühzeitig, angemessen und entschlossen vorgeht. Noch nie waren in Niedersachsen so viele Polizisten im Einsatz wie heute. Während andere Länder teilweise seit Jahren Stellen abbauen, haben wir seit der Regierungsübernahme im Jahr 2003 rund 1.000 Polizeibeamte und 200 Beschäftigte im Bereich der Polizei zusätzlich eingestellt. Mit der Polizeiakademie in Nienburg haben wir die Grundlage für eine qualitativ hochwertige Polizeiausbildung in Niedersachsen geschaffen, um Polizeianwärter auf neue Herausforderungen angemessen vorzubereiten.

Jedes Jahr beginnen zahlreiche Polizeianwärter ihre Ausbildung in Niedersachsen. Um dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen, setzen wir uns dafür ein, sowohl die Zahl der Frauen als auch der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Bewerbern nachhaltig zu erhöhen. Einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchsgewinnung und Attraktivitätssteigerung leisten eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine bessere technische Ausstattung der Polizei. Die von Ihnen genannte Zahl von 700 Polizeianwärtern jährlich ist unter den aktuellen finanziellen wie strukturellen Rahmenbedingungen kaum zu realisieren. Wir werden uns jedoch bemühen, den Wünschen der Polizei hinsichtlich einer zukunftsfähigen personellen Ausstattung angemessen Rechnung zu tragen und eine moderate Anpassung der Anwärterstellen wohlwollend zu prüfen.

*Hauptforderung 2: 1.500 zusätzliche Stellenhebungen von A 9 nach A 10 und Hauptforderung 3: Abschaffung des begrenzenden „Dienstpostenkonzeptes A 11“*

Durch die konsequente Umsetzung des Stellenhebungsprogramms konnten in Niedersachsen bisher 3.400 Stellen gehoben werden – das sind mehr Stellenhebungen, als in den 13 Regierungsjahren der SPD insgesamt durchgeführt wurden. Um den wichtigen Beitrag der Landesbeamten zur Haushaltskonsolidierung zu würdigen, sind im Doppelhaushalt 2012/2013 insgesamt über 1.800 Stellenhebungen im mittleren

und gehobenen Dienst vorgesehen. Davon entfallen allein 819 auf die Polizei. Bereits 2011 wurden zur Begleitung des Dienstpostenkonzepts A11 insgesamt 360 Stellen gehoben. Darüber hinaus haben wir im Bereich der Besoldungsgruppen A12 und A13 für alle vorhandenen Dienstposten Planstellen geschaffen. In den nächsten Jahren wird sich die Beförderungslage aber auch durch die anstehenden Pensionierungen spürbar entspannen.

Die CDU in Niedersachsen hat die Stellenhebungsprogramme u. a. bei der Polizei stets bedarfsgerecht gestaltet und sich intensiv um die Auflösung von Beförderungsstaus bemüht. Die Kritik der Gewerkschaft der Polizei am Dienstpostenkonzept A 11 halten wir dabei für unzutreffend und durch die Stellenhebungen in den vergangenen Jahren für hinreichend widerlegt. Gleichwohl haben wir großes Verständnis für das Ziel, auch einem größeren Personenkreis klare Aufstiegsperspektiven zu eröffnen. Neben der im Regierungsprogramm angeführten Stärkung der Fachkarriere, die durch Bündelung von Fachkompetenzen neue Aufstiegschancen eröffnet, werden wir prüfen, wo zusätzliche Anreize bei der konkreten Ausgestaltung zukünftiger Stellenhebungsprogramme gesetzt werden können.

#### *Hauptforderung 4: Anrechnung von 100 Prozent der Bereitschaftszeiten*

Die niedersächsische Polizei leistet nicht nur in der eigentlichen Dienstzeit, sondern auch in den darüber hinaus gehenden Bereitschaftszeiten einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit in Niedersachsen. Im vorliegenden Fall geht es aus Sicht der CDU in Niedersachsen jedoch nicht um eine rein politische, sondern auch eine juristische Frage. Zur endgültigen Klärung der entsprechenden Rechtslage haben sich das Niedersächsische Innenministerium und die Polizeigewerkschaften nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg darauf verständigt, den Rechtsweg zum Bundesverwaltungsgericht zu beschreiten. Die CDU in Niedersachsen möchte diesem Prozess nicht vorausgreifen und wird vor einer politischen Bewertung das entsprechende Urteil abwarten.

#### *Hauptforderung 5: Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, mindestens wie bei der Bundespolizei*

Die CDU in Niedersachsen ist sich bewusst, dass die Abschaffung des Weihnachtsgeldes und Urlaubsgeldes für Beamte und Versorgungsempfänger einen empfindlichen Gehaltsschnitt bedeutete. Um die Handlungsmöglichkeiten kommender Generationen

langfristig sicherzustellen, bekennen wir uns zur Umsetzung der Schuldenbremse. Um jedoch den wichtigen Beitrag der Landesbeamten zur Haushaltskonsolidierung zu würdigen, erhalten Beamte mit Kindern auch weiterhin mit dem Dezembergehalt eine Sonderzahlung in Höhe von 120 Euro für jeweils die ersten beiden Kinder und 400 Euro für jedes weitere Kind. Beamte der Besoldungsgruppen bis A 8 erhalten zudem jährliche Sonderzahlungen im Dezember in Höhe von 420 Euro. . Auch wenn sich die Finanzlage des Landes zuletzt deutlich verbessert hat, werden immer noch neue Schulden gemacht. Im Hinblick auf die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen und unsere gemeinsame Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen ist derzeit eine vollständige Wiedereinführung der Sonderzuwendungen leider nicht absehbar

*Hauptforderung 6: Endlich ausreichende Perspektiven für Tarif und Verwaltung: bessere Bezahlung, Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten durch eine analytische Stellenbewertung*

Die Polizei muss sich dem Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die besten Köpfe erfolgreich stellen. Wir wollen den Polizeidienst langfristig zukunftsfest gestalten und auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Die Attraktivität des Berufsstandes soll durch vielfältige Qualifizierungsmaßnahmen und gute Karrierechancen sichergestellt werden. Um den hohen Qualitätsstandard in der Polizeiarbeit weiter zu erhöhen, ist eine weitere Bündelung von Fachkompetenz geboten. Zukünftig wird vermehrt der Spezialist gefragt sein. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass in der Polizei Fachkarrieren selbstverständlich werden. Gleichwohl bedeutet diese stärkere Würdigung der Fachlaufbahn keine geringere Wertschätzung für den polizeilichen Generalisten. Vielmehr geht es darum, den Polizisten von Beginn an eine möglichst breite Auswahl an Entwicklungspfaden zu eröffnen, um sie entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten zu fördern.

Für die CDU in Niedersachsen gilt hinsichtlich des Personals: Qualifizierte und verantwortungsvolle Tätigkeiten müssen sich auszahlen, Leistung muss sich lohnen, und Motivation ist auch eine Frage zeitnaher Beförderung. Die Kriminalitätsbekämpfung darf sich nicht von den Veränderungen in der Gesellschaft abkoppeln. Im Rahmen der bereits begonnenen „Innovationsoffensive Polizei 2015“ wollen wir künftig insbesondere mehr finanzielle Mittel für die Bekämpfung neuer Kriminalitätsphäno-

mene zur Verfügung stellen, namentlich zur Bekämpfung der Internet- und Cyberkriminalität. Dazu gehören bei Bedarf auch Stellen. Auch die Informations-, Kommunikations- und Leitstellentechnik werden wir weiter ausbauen. Das Instrument einer analytischen Stellenbewertung werden wir ohne Vorfestlegungen eingehend prüfen.

Die CDU in Niedersachsen schätzt die Gewerkschaft der Polizei als konstruktiv-kritischen Gesprächspartner und entschiedenen Streiter für die Interessen der niedersächsischen Polizisten und sieht einer Fortsetzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen